

Selbstbestimmung

Wo die Freiheit beginnt

Freiheit benötigt mehr als einen staatlich garantierten Freiraum. Sie braucht innere Freiheit – die Fähigkeit, auf verschiedene Arten zu denken, ohne von fixen Denkmustern blockiert zu werden. Jürg Müller argumentiert [in seinem Gastbeitrag für die «Neue Zürcher Zeitung»](#). Nur wer sich seiner eigenen Filter bewusst wird, handelt wirklich frei und selbstbestimmt.

In eigener Sache

Thomas Jordan wird «Distinguished Fellow» von Avenir Suisse



Avenir Suisse hat im Rahmen seines 25-Jahr-Jubiläums ein neues Fellowship-Programm lanciert, um profilierte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft für ihre Verdienste für die Schweiz auszuzeichnen. Die neuen Distinguished Fellows bringen zugleich ihre Expertise und ihr Netzwerk in die Arbeit von Avenir Suisse ein. Am Donnerstag wurde Thomas Jordan, langjähriger Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB), [als erster Distinguished Fellow ausgezeichnet](#) (Foto oben).

Die Zahl



28% der globalen Treibhausgasemissionen unterliegen einer direkten Bepreisung. Der grösste Teil davon im Rahmen eines Emissionshandels, ein deutlich kleinerer Teil als CO2-Steuer. Im Durchschnitt beträgt der Preis aber nur gerade 15 Fr. pro Tonne CO2. Zum Vergleich: Die schweizerische CO2-Abgabe beträgt 120 Franken. (*LUR*)

Strassenverkehr

Was sollte die Schweiz tun, damit wir nicht im Stau steckenbleiben?



Das Stimmvolk lehnte Ende 2024 den Autobahn-Ausbau ab. Jürg Rölthlisberger, Direktor des Bundesamts für Strassen (ASTRA), sieht darin einen Weckruf für die Schweiz: Jetzt gilt es, das Verkehrsnetz richtig zu entlasten. Doch welche Massnahmen braucht es? Darüber spricht er mit Lukas Rühli (Avenir Suisse) in der neuen Podcast-Folge. [Jetzt reinhören](#).

«Atlas der Migration»

Viele Wege führen in die Schweiz – wer darf kommen?

In der Blog-Serie «Atlas der Migration» liefert Avenir Suisse Fakten für die oft emotional geführte Debatte zur Migration. [Diese Woche zeigen Patrick Leisibach und Agustina Rodriguez](#), wie die Schweiz bei der Arbeitsmigration zwischen Staatsangehörigen aus EU/Efta-Ländern und solchen aus Drittstaaten unterscheidet – und wie das System der Asylmigration ausgestaltet ist.

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Naturgefahren: Trotz der Risiken durch Naturgefahren wird weiter in gefährdeten Gebieten gebaut. Das liege auch an falschen Anreizen bei den Gebäudeversicherungen, erklärt Lukas Rühli in der [SRF-«Tagesschau»](#). Denn in den meisten Kantonen findet kaum eine risikoadequate Abstufung der Prämien statt. Gebäude in gefährdeten Gebieten werden so subventioniert von Gebäuden in Gegenden mit geringer Gefahr.



Warme Progression: Der Chefredaktor des [«Blicks»](#) griff Lukas Rühlis Beitrag [20 Milliarden Franken Spielraum für den Staat](#) in seinem Wochenendkommentar auf. Er zeigt anhand der Zahlen aus der Avenir-Suisse-Analyse, wie stark die warme Progression die Steuerzahler belastet. Jahr für Jahr verliert die Bevölkerung so zusätzlich an Kaufkraft. Das Problem laut «Blick»: Die Steuerzahler als abstrakte Gruppe hätten keine starke Lobby in Bern. Deshalb gebe es bis heute keinen Ausgleich der warmen Progression.

Auch der Podcast des [«Nebelspalters»](#) berichtete, dass 20 Milliarden Franken zu viel in die Staatskassen geflossen sind. Die warme Progression belastet vor allem den Mittelstand. Dabei wirkt die warme Progression wie eine Steuererhöhung, ohne dass sie je politisch legitimiert wurde, etwa durch einen Volksentscheid.

Vermögenssteuern: «Die Reichen sind unentbehrliche Steuerzahler», schreibt die [«Neue Zürcher Zeitung»](#). Das vermögendste Prozent der Haushalte liefert 51% aller Vermögenssteuern ab. Betrachtet man die Top-5-Prozent, sind es 87%. Das hat [Avenir Suisse auf Basis der offiziellen Steuerstatistiken ermittelt](#).

Auch die [«Handelszeitung»](#) zitiert Daten aus unserer Auswertung, die zeigen, wie viel Steuern die vermögendsten Haushalte bezahlen.

Städtische Verwaltungen: Die Mitarbeiterzahl der baselstädtischen Verwaltung ist zwischen 2011 und 2022 massiv gewachsen, und zwar um 24 Prozent. Das ist viermal mehr als die Bevölkerung und ein stärkerer Anstieg als in jedem anderen Kanton – zitiert die [«Neue Zürcher Zeitung»](#) aus der [Analyse von Avenir Suisse](#).

Armut: Mehr Menschen seien von Altersarmut betroffen, als man denkt, schreibt der «Anzeiger aus dem Bezirk Affoltern» (Print). Das Armutsrisiko hänge aber nicht primär vom Alter ab. Entscheidend seien andere Faktoren wie Bildungsstand, Nationalität oder körperliche oder psychische Beeinträchtigungen, zitiert die Zeitung aus unserer Studie [Altersarmut vor der Pensionierung bekämpfen](#).

Wahlsystem: Proporzahlen sorgen für Vielfalt in der Schweizer Politik, schreibt Patricia Schafer in ihrer Kolumne in den «Freiburger Nachrichten» (Print). So sind auch kleinere Parteien angemessen vertreten, etwa im Nationalrat. Der Majorz dagegen bringt besonders konsensorientierte Politiker ins Amt – und schafft damit die Basis für eine ausgewogene Politik.

Ausländische Führungskräfte: Immer mehr Schweizer Firmen werden von Ausländern geführt, berichtet [«Largeur»](#). Patrick Leisibach nennt mehrere Gründe dafür. So sei in der kleinen Schweiz die demografische Basis zu begrenzt, um die Nachfrage nach qualifiziertem Personal zu decken. Zudem sei das Land wegen der Lebensqualität, wettbewerbsfähigen Löhnen, der Stabilität und ihrer Mehrsprachigkeit attraktiv für ausländische Führungskräfte.

Wohneigentum: Der Kanton Waadt kennt seit ein paar Jahren ein staatliches Vorkaufsrecht. Marco Salvi hat für den [«Tages-Anzeiger»](#) dessen Folgen analysiert: Das Vorkaufsrecht sei kein zielführendes Instrument. Die Gemeinden würden viel Geld ausgeben, um ein paar Haushalte vor höheren Mieten zu retten. Laut Salvi schafft es kaum neuen Wohnraum und verschlechtert die Rahmenbedingungen.

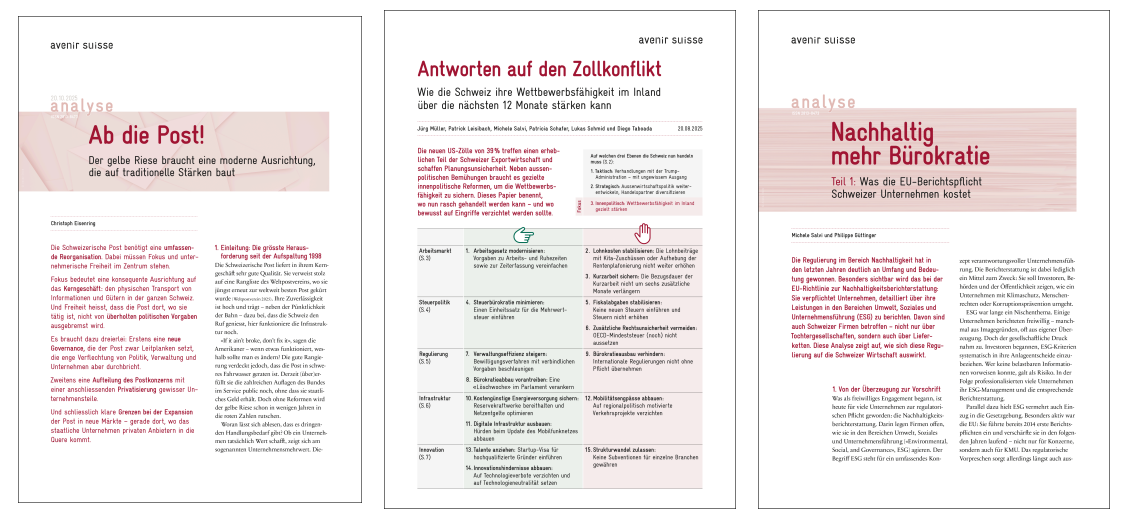
[In ihrem Newsletter](#) fasst die Zürcher Handelskammer Marco Salvis Beitrag [Wohnungsmarkt. Die Nebenwirkungen eines öffentlichen Vorkaufsrechts](#) zusammen. Wirksamer als ein Vorkaufsrecht sei es, das Angebot zu erhöhen, etwa durch einen gezielten Abbau von Bauvorschriften.

Nachhaltigkeitsberichterstattung: In unserer Analyse [Nachhaltig mehr Bürokratie](#) schätzen wir die Kosten der Schweizer Nachhaltigkeits-Berichtspflichten bereits heute auf rund 130 Millionen Franken pro Jahr. Ab 2028 – mit den indirekten Auswirkungen der EU-Vorgaben – dürften sie auf 680 Millionen ansteigen. Und würde die derzeit in Überarbeitung stehende «Corporate Sustainability Reporting Directive» (CSRD) der EU übernommen werden, beliefen sich die Kosten künftig sogar auf 1,7 Milliarden Franken. Diese Zahlen hat Adrian Derungs, der Direktor der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz, in seinem Gastkommentar in der «Handelszeitung» (Print) aufgenommen.

Newsletter weitergeleitet?
Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?
[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen



[Ab die Post!](#)

[Antworten auf den Zollkonflikt](#)

[Nachhaltig mehr Bürokratie](#)

Newsletter verpasst?
Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).



© Avenir Suisse, Pule 5 | Giessereistrasse 18, CH-8005 Zürich, [avenir-suisse.ch](#)

Über uns
Datenschutzutzerklärung
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [media@avenir-suisse.ch](#) Ihrem Adressbuch hinzu.

[Abonnement verwalten](#)